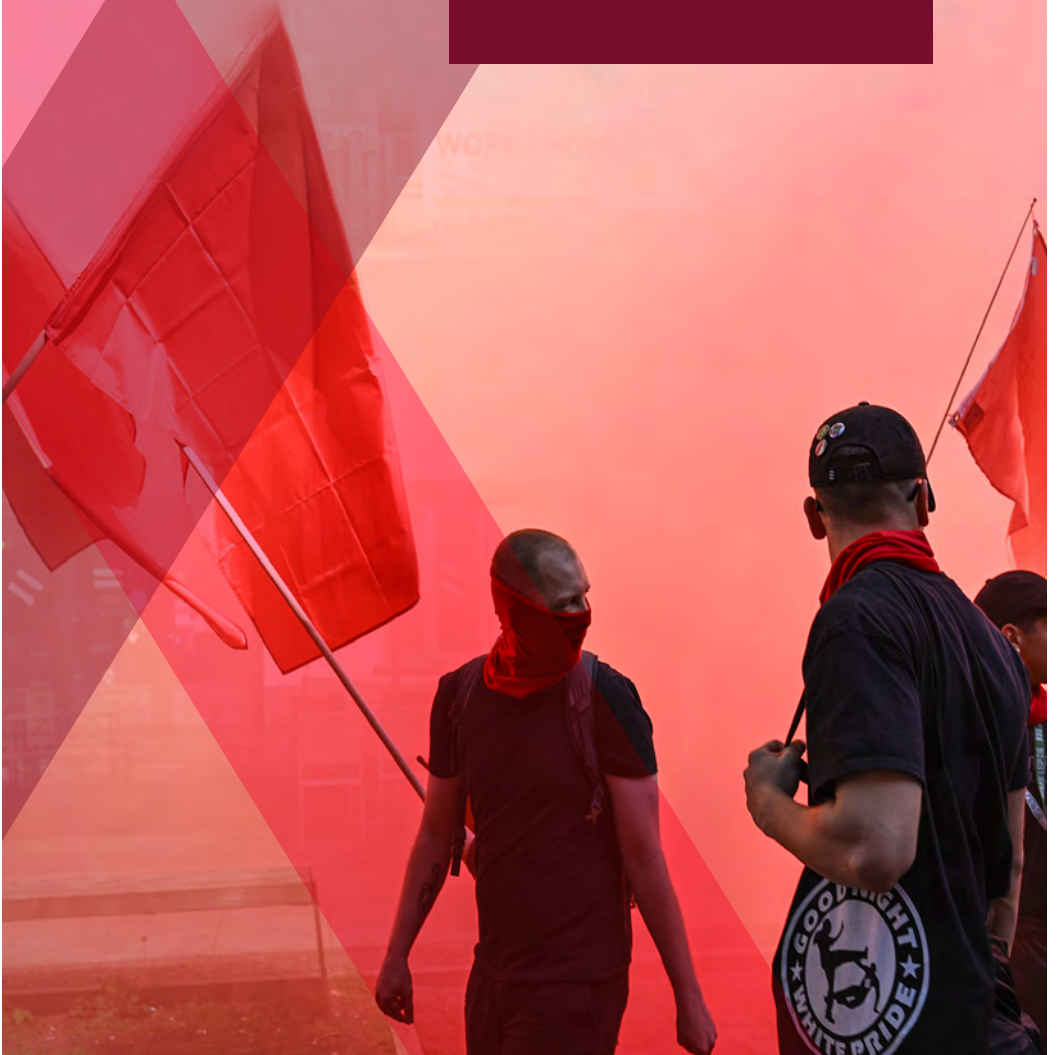




Bundesamt für
Verfassungsschutz

Linksextremismus

Mit Gewalt gegen die Demokratie



Linksextremismus

Mit Gewalt gegen die Demokratie

Inhalt

Kapitel 1

Welche Gefahren gehen vom Linksextremismus aus? 6

Warum der Verfassungsschutz den Linksextremismus beobachtet 7

Gefährdungspotenzial 10

Kapitel 2

Was wollen Linksextremisten? 12

Ideologie und Ziele 13

Ideologische Strömungen 17

Kapitel 3

Wie wollen Linksextremisten ihre Ziele erreichen? 22

Gewalt 23

Beeinflussung des gesellschaftlichen Diskurses
und demokratischer Proteste 32

Entrismus/Entgrenzung 32

Vernetzung 33

Schaffung und Verteidigung von „Freiräumen“ 35

Kapitel 4

Wo begegnet mir Linksextremismus im Alltag? 38

Regionale Schwerpunkte	39
Symbole.....	39
Codes/Parolen/Slogans.....	41
Demonstrationen/Proteste/Veranstaltungen.....	44
Einflussnahme auf Klimaproteste	48
Anschläge und Blockaden	50
Schulen und Universitäten	53
Internet und Publikationen.....	54

Kapitel 5

Wie wird sich der Linksextremismus/ -terrorismus weiterentwickeln? 56

Kapitel 1

*Welche Gefahren
gehen vom Links-
extremismus aus?*

Warum der Verfassungsschutz den Linksextremismus beobachtet

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO), den unabänderlichen obersten Wertprinzipien unserer Verfassung. Hierzu gehören insbesondere die Würde des Menschen, das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip. Als Frühwarnsystem beobachtet der Verfassungsschutz Gruppen oder Einzelpersonen, die diese Werte zum Beispiel durch die Einführung eines anderen politischen Systems abschaffen wollen.

Das linksextremistische Feindbild ist das „kapitalistische System“, das für jegliche Probleme der Gegenwart verantwortlich gemacht wird. Gemeint ist damit aber keine allgemeine Kapitalismuskritik im Sinne einer Veränderung des Wirtschaftssystems. Wenn Linksextremisten vom „kapitalistischen System“ sprechen, meinen sie vor allem den demokratischen Rechtsstaat, der als „Erfüllungsgehilfe“ der Wirtschaft und von Profitgier getrieben skrupellos auf Machterhalt und Repression ausgelegt sei. Als einzigen Ausweg propagieren Linksextremisten – je nach ideologischer Ausrichtung – die Einführung eines kommunistischen beziehungsweise anar-

chistischen Systems. Sie versuchen, andere für ihre Idealvorstellungen zu gewinnen, zu radikalisieren und – mit zunehmender Anhängerschaft – die Voraussetzung für ihren Umsturz zu schaffen.

Den Einsatz von Gewalt sehen sie dabei als notwendig an, um ihre Ziele zu erreichen. Nicht das „Ob“, sondern lediglich das „Wann“ wird in der ideologisch heterogenen Szene unterschiedlich beantwortet. Für die einen ist Gewalt erst in einer noch kommenden „revolutionären Situation“, für die anderen bereits jetzt legitimes Mittel zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele.

In Deutschland verüben gewaltbereite Linksextremisten nahezu täglich Straf- und Gewalttaten. Das Zielspektrum ist dabei weit gefasst: Neben staatlichen Einrichtungen und insbesondere der Polizei sowie dem politischen Gegner werden regelmäßig auch gezielt Wirtschaftsunternehmen und Kritische Infrastrukturen (KRITIS) angegriffen. Vor allem im „antifaschistischen Kampf“ betrachten sie Straftaten bis hin zu schwerster Gewalt als wirksames und legitimes Mittel gegen von der

Szene selbst definierte „Faschisten“ und deren Strukturen.

Jene Teile des dogmatischen linksextremistischen Spektrums, die Gewalt in der gegenwärtigen Situation noch ablehnen, streben vor allem über ideologische Basis- und Überzeugungsarbeit einen „revolutionären Moment“ an, in dem es dann zur gewaltsamen Niederschlagung und Zerstörung des „kapitalistischen Staates und Systems“ kommen soll.

Ihre Vorstellung von einer freien und gleichen Gesellschaft im Kommunismus oder Anarchismus ist unvereinbar mit der im Grundgesetz (GG) festgeschriebenen demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Zudem würde sie letztlich zur Entstehung von Willkürherrschaften und Unterdrückungsregimen führen. Auf ihrem Weg in diese nicht erstrebenswerte und verfassungsfeindliche Zukunftsvision verletzen Linksextremisten die Menschenwürde und Grundrechte wie beispielsweise das Recht auf körperliche Unversehrtheit oder die Meinungsfreiheit. Sie lehnen den Staat und seine Errungenschaften ab, polarisieren und versuchen gezielt, die Gesellschaft zu spalten.

Daher gilt es, ihre extremistischen Aktivitäten weiterhin im Blick zu haben und sie von der Verwirklichung ihrer Ziele abzuhalten. Dieser Aufgabe stellt sich der Verfassungsschutz wachsam und gewissenhaft, um dem Schutz der fdGO zum Wohle der Menschen in unserem Land gerecht zu werden.



„Ist es nicht grundsätzlich gut, eine freie und gleiche Gesellschaft anzustreben?“

Linksextremisten behaupten, dass sie für eine „freie und gleiche“ Gesellschaft kämpfen würden. Dabei skizzieren sie ein Ideal menschlichen Zusammenlebens, das in der Geschichte bislang so nie Realität geworden ist. Dort, wo sie oder ihre Vorbilder politische Macht übernommen haben, scheiterte die Umsetzung ihrer Ideale früh oder mündete in totalitäre Herrschaftsformen, in denen die grundlegenden Menschenrechte missachtet wurden. Vor allem Andersdenkende und abweichende Meinungen wurden stets verfolgt und unterdrückt – ein Vorgehen, das auch in der heutigen linksextremistischen Szene zu beobachten ist. Meinungsfreiheit und -vielfalt gelten nur im Rahmen der eigenen ideologischen Weltansicht.

So streben Linksextremisten keinen geordneten, demokratischen Prozess zur Erreichung ihrer Ideale an. In den beiden Ideologiefamilien Kommunismus und Anarchismus besteht Einigkeit darüber, dass die derzeitige Staats- und Gesellschaftsform zunächst zerstört werden müsse, um das „kapitalistische System“ zu überwinden. Je nach ideologischer Ausprägung geschehe dies durch die Etablierung unterschiedlicher Gesellschaftsformen. Münden soll dies dann entweder im Kommunismus, der in der Theorie eine klassenlose Gesellschaft ohne privates Eigentum abbildet, jedoch in der Praxis von Autoritarismus und Repression geprägt ist. Oder im Anarchismus – dem Ideal einer herrschaftslosen, selbstorganisierten Gesellschaftsform, bei der Individuen jedoch in der Realität ungeregelt persönliche Interessen durchsetzen könnten und so „Schwächere“ und Minderheiten, deren Rechte aktuell im GG und seinen nachgeordneten gesetzlichen Ausprägungen garantiert werden, ins Hintertreffen geraten.

Wenn Linksextremisten den demokratischen Verfassungsstaat mit seinen fundamentalen Werten und Spielregeln abschaffen wollen, meinen sie damit zwangsläufig auch die Menschenrechte, den Pluralismus, den Sozialstaat und die Gewaltenteilung. Insofern streben Linksextremisten eben keine „freie und gleiche Gesellschaft“ an, sondern deren Abschaffung.

Gefährdungspotenzial

Gut geplante und brutal ausgeführte Angriffe auf politische Gegner, massive Gewalt gegen die Polizei sowie zahlreiche Anschläge auf Unternehmen und KRITIS zeigen die erheblichen vom gewaltbereiten Linksextremismus ausgehenden Gefahren sowohl für die fdGO, als auch ganz konkret für die Menschen und

den Wirtschaftsstandort Deutschland. Aber auch nicht gewaltbereite, dogmatische Linksextremisten fungieren als geistige Brandstifter. Dabei zielen sie konkret auf jugendliche und gesellschaftliche Diskurse ab und tragen zur Polarisierung bei. Letztendlich wollen sie die Demokratie von innen heraus angreifen.



Graffiti auf einer Hausfassade in Berlin-Kreuzberg.

Im Rahmen ihres „antifaschistischen Kampfes“ sehen Linksextremisten gezielte und schwerste Gewalt als legitimes Mittel an. Angesichts zahlreicher Angriffe auf von ihnen als „Faschisten“ definierte Personen

wird immer wieder deutlich, dass sie tödliche Verletzungen billigend in Kauf nehmen.

Autonome Kleingruppen arbeiten äußerst professionell und agieren

grenzüberschreitend mit ausländischen Linksextremisten. Einzelne Akteure, die unter anderem in den kurdischen Kampfgebieten den Umgang mit Schusswaffen und Sprengstoffen erlernt haben, stellen nach ihrer Rückkehr ein besonderes Sicherheitsrisiko dar. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Gewalterfahrungen zu einer Enthemmung führen und sie das Erlernte auch hierzulande einsetzen könnten.

Linksextremisten verursachen jährlich Sachschäden in mehrstelliger Millionenhöhe. Dabei nehmen sie bei Anschlägen gegen Wirtschaftsunternehmen und einer regelmäßig damit einhergehenden Zerstörung von KRITIS auch Auswirkungen auf weite Teile der Bevölkerung in Kauf. Hiervon zeugen Stromausfälle, die Störung von Internet und Telekommunikation oder Beeinträchtigungen des Bahnverkehrs. Solche Sabotageakte und gezielten Angriffe auf Unternehmen, die auf hohe Sachschäden abzielen und unternehmerische Entscheidungen beeinflussen sollen, gefährden den Wirtschaftsstandort Deutschland. Begründet werden diese Straftaten mit verschiedenen Themenzusammenhängen: Neben „Antirepression“, „Antimilitarismus“, „Antimperialismus“ oder „Antigentrifizierung“

versuchen Linksextremisten, ihre Straftaten auch mit ihrem vermeintlichen Engagement für den Klimaschutz zu rechtfertigen.

Radikalisierungsprozesse der vergangenen Jahre haben dazu geführt, dass im Linksextremismus von einer hohen Gewaltbereitschaft ausgegangen werden muss. Auch wenn es in den letzten Jahren nicht zum gezielten Schusswaffen- oder Sprengstoffeinsatz gekommen ist, belegen vor allem Brandanschläge auf KRITIS die erhebliche Gefahr, die von derartigen linksextremistischen/-terroristischen Straf- und Gewalttaten ausgeht.

Kapitel 2

Was wollen Links- extremisten?

Ideologie und Ziele

Anstelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung wollen Linksextremisten ein kommunistisches System beziehungsweise eine „herrschaftsfreie“, anarchistische Gesellschaft errichten – je nach ideologischer Ausrichtung mit dem Sozialismus als Übergangsphase. Dazu dienen ihnen anlassbezogen relevante, letztlich aber austauschbare Aktionsfelder wie

„Antifaschismus“, „Antirepression“, „Antirassismus“, „Antimilitarismus“, „Antigentrifizierung“, „Antiimperialismus“, die Bekämpfung von Queerfeindlichkeit oder ihr vorgeblicher „Kampf für das Klima“. Diese sind jedoch nicht der Kern, sondern immer nur Mittel zur Umsetzung ihrer zugrunde liegenden ideologischen Vorstellungen. Die Anwendung von Gewalt ist dabei für sie legitim.

Einig sind sich Linksextremisten in der vermeintlichen Notwendigkeit, den Staat revolutionär abschaffen zu wollen. Marxisten/Leninisten identifizieren in ihrem Kampf gegen die gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsform den „Kapitalismus“ als Ursache allen Übels. „Kapitalismus“, von ihnen als untrennbare Einheit von marktwirtschaftlicher Eigentumsordnung und demokratischem Rechtsstaat verstanden, diene vor allem der Erhaltung von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen und zementiere die sich darauf aufbauende Ordnung. So zielen Marxisten/Leninisten immer auch gegen die fdGO, wenn sie den „Kapitalismus“ bekämpfen. Die Überwindung des „Kapitalismus“ könne nicht durch politische Reformen, sondern nur durch einen revolutionären Umsturz erfolgen. In ähnlicher Weise streben auch Anarchisten kompromisslos nach einer Abschaffung des demokratischen Rechtsstaats, identifizieren allerdings als Hauptproblem die „Herrschaft“ an sich, die es in jeder Hinsicht zu bekämpfen gelte.



Mit Kommunismus und Anarchismus gibt es dabei im Linksextremismus zwei miteinander unvereinbare Ideologiefamilien. Kommunisten berufen sich in erster Linie auf die

theoretischen Leitfiguren Karl Marx und Friedrich Engels sowie teilweise auf Wladimir Iljitsch Lenin, Josef Stalin, Leo Trotzki oder Mao Zedong. Gemeinsames Fundament dieser

ideologischen Weltansicht ist der von Marx als wissenschaftliche Tatsache propagierte Historische Materialismus. Demnach sei der Ablauf der Geschichte eine durch ökonomische Prozesse gesetzmäßig vorherbestimmte Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Ausgehend von der „Ur-“ über die „Sklavenhaltergesellschaft“, den „Feudalismus“, den „Kapitalismus“ und den „Sozialismus“ stelle der „Kommunismus“ die anzustrebende endgültige Gesellschaftsform dar. Nach dem „gewaltsamen Sturz der herrschenden Klasse“ sei der „Sozialismus“ für Marxisten eine Zwischenstufe, in welcher der Staat bis zur Entwicklung zum „Kommunismus“

bestehen bleiben solle. In dieser „Diktatur des Proletariats“ solle eine aus der „Arbeiterklasse“ geformte Parteiführung als eine Art „Elite“ mit uneingeschränkter Entscheidungsbefugnis über die notwendigen Schritte zur Neuformung der Gesellschaft bestimmen. Gleichzeitig solle diese in der Übergangsphase auf den „Kommunismus“ vorbereitet werden. In dieser Phase sollen die Enteignung und Vergesellschaftung privater Produktionsmittel erfolgen – im Zweifel auch mit Gewalt.

Die Etablierung einer komplett neuen Gesellschaftsform, die von der Mehrheit der Menschen nicht angestrebt wird, ist zwangsläufig



Banner bei einer Demonstration in Leipzig-Connewitz.

geprägt von Autoritarismus und Repression. Solche „sozialistischen Übergangsphasen“ mutierten in der Geschichte mehrfach zu jahrzehntelangen brutalen Unterdrückungsre-

gimen (beispielsweise die totalitären Diktaturen unter Josef Stalin oder Mao Zedong), die Millionen von Toten forderten.

Linksextremistische Parteien und ihre Jugendorganisationen



Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) strebt die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung als Übergang zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft an – also eine Gesellschaft ohne Unterscheidung zwischen Klassen (wie Proletariat und Bourgeoisie) mit einem gemeinschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln und Gleichheit in sozialer Stellung und Reichtum. Sie ist streng maoistisch-stalinistisch ausgerichtet.



Ihre Jugendorganisation „REBELL“ teilt Ideologie und Ziele der MLPD und unterstützt sie wesentlich bei der Indoktrinierung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.



Die marxistisch-leninistische „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) will laut Parteiprogramm den „revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen“ erreichen. Sie ist marxistisch-leninistisch ausgerichtet.



Die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) ist laut ihrer Satzung „eine eigenständige Jugendorganisation“, betrachtet sich aber als Nachwuchsorganisation der DKP.



Im Gegensatz zu Kommunisten, die den Wert der Gleichheit verabsolutieren, ist die Freiheit des Einzelnen oberstes Ziel anarchistischer Agitation. Jegliche Herrschaft von Menschen über Menschen wird abgelehnt. Anarchisten sind daher konsequent staatsfeindlich und wollen die parlamentarische Demokratie durch eine dezentral und „basisdemokratisch“ organisierte Gesellschaft ersetzen. Diese soll auf freiwilligen Zusammenschlüssen in Nachbarschaften, Kollektiven und Syndikaten basieren. Den Sozialismus als Übergangsphase lehnen Anarchisten dabei genauso ab wie den Historischen Materialismus.

Vollkommen unberücksichtigt bleibt dabei, dass im Zusammenleben kompromisslos „freier“ Personen zwangsläufig Konflikte entstehen. Eine Regelung von Differenzen durch Gesetze oder eine vom Volk legitimierte „höhere“ Instanz ist im Anarchismus nicht vorgesehen. Somit könnte jeder einzelne Mensch ungeregelt seine persönlichen Interessen durchsetzen und dazu letztlich doch wieder Macht über jeden anderen – vor allem über Minderheiten – ausüben. Diese abstrakte Generalisierung von Freiheit kann bedeuten, dass eine solche für „Schwächere“ nicht mehr existiert.



Banner bei einer Demonstration in Leipzig-Connwitz.

Ideologische Strömungen

Die ausgeprägte Heterogenität der Szene zeigt sich in den verschiedenen ideologischen Ausprägungen, den Organisationsgraden, den bevorzugten Aktionsformen sowie dem Verhältnis zur Gewalt.

Zu den gewaltorientierten Linksextremisten zählen vor allem Autonome, Anarchisten sowie ein Teil des dogmatischen Spektrums. Für sie dienen demokratische Wahlen lediglich dazu, den „Kapitalismus“ durch den Schein eines Mitbestimmungsrechts zu erhalten und die angebliche strukturelle Gewalt des Staates zu legitimieren. Tatsächliche Veränderungen seien nur durch Gewalt und „Militanz“ zu erreichen. Vor allem autonome Linksextremisten sehen sich dazu berechtigt, (vermeintliche) Missstände unmittelbar selbst zu beseitigen. Durch kontinuierliche Angriffe auf den verhassten Staat soll dieser herausgefordert und auf lange Sicht geschwächt werden.

Autonome bilden die größte Gruppe im gewaltorientierten Linksextremismus. Trotz ideologischer, strategischer und organisatorischer Verschiedenheit ihrer Anhänger teilen sie einen inhaltlichen Kerngedanken: Das Individuum und seine Selbstverwirklichung sollten im

Mittelpunkt des politischen Handelns stehen. Jede Form der Fremdbestimmung lehnen sie ab. Alle Staats- und Herrschaftsformen seien autoritär und müssten deshalb zugunsten einer herrschaftsfreien Ordnung überwunden werden. Anders als bei Anarchisten sind ideologische Überlegungen weniger relevant.

Ein zentrales Merkmal des autonomen Linksextremismus ist sein ambivalentes Verhältnis zu festen Gruppenstrukturen. Aus der Ablehnung jeder Form von Fremdbestimmung resultiert für die meisten Anhänger auch eine Aversion gegenüber formellen Organisationen. Gleichzeitig können die eigene politische Schlagkraft und der effektive Schutz vor politischen Gegnern nur durch ein Mindestmaß an Koordinierung sichergestellt werden. Postautonome wie die „Interventionistische Linke“ (IL) bemühen sich zudem um eine aktionsorientierte Zusammenführung von Akteuren unterschiedlicher ideologischer Prägung zugunsten einer erhöhten Handlungsfähigkeit.

„Rote Hilfe e.V.“



Die „Rote Hilfe e.V.“ (RH) leistet straffälligen und gewalttätigen linksextremistischen Akteuren politische und finanzielle Unterstützung, beispielsweise bei anfallenden Anwalts- und Prozesskosten sowie Geldstrafen und -bußen. Sie ist die größte und eine der wichtigsten Gruppierungen im deutschen Linksextremismus. Die RH betreut außerdem rechtskräftig verurteilte Straftäter während ihrer Haft, um diese weiterhin und stärker an die linksextremistische Szene zu binden. Ihre Agitation zielt darauf ab, das strafrechtliche Abschreckungspotenzial zu mindern und die Legitimität des demokratischen Verfassungsstaats in Frage zu stellen.



Anarchisten lehnen ebenfalls die Herrschaft von Menschen über andere Menschen ab. Das beinhaltet die Freiheit von jeder Form staatlicher Hoheitsgewalt. Im Anarchismus gibt es verschiedene Strömungen, die sich ideologisch oder durch ihren Organisationsgrad unterscheiden. Organisationsfeindliche, stark gewaltorientierte Anarchisten wollen den demokratischen Rechtsstaat unmittelbar angreifen und gewaltsam zerschlagen. Die Übergänge zum autonomen Spektrum sind hier fließend. Charakteristisch für diese Strömung ist auch das Bestreben nach regionaler und internationaler Vernetzung über „anarchistische Buchmessen und Bibliotheken“.

Es handelt sich dabei um Orte, an denen Kennverhältnisse der Szene gefördert, autonome und anarchistische Literatur verbreitet und ideologische Vortragsveranstaltungen organisiert werden.

Innerhalb der organisationsgebundenen Anarchisten stellt die syndikalistische Gewerkschaftsföderation „Freie Arbeiter*innen-Union“ (FAU) die größte Struktur dar.



Polizisten durchsuchen die anarchistische Bibliothek „kalabal!k“.

Dogmatische Linksextremisten streben eine sozialistische Staats- und Gesellschaftsform an, aus der langfristig eine „klassenlose“ kommunistische Ordnung entstehen soll. Dabei befürwortet ein Teil von ihnen bereits heute den Einsatz von Gewalt oder schließt ihn zumindest nicht explizit aus, darunter Anti-imperialisten oder „kommunistische Jugend- und Kadergruppen“ (KJKG). Auch die trotzkistische „Gruppe ArbeiterInnenmacht“ (GAM) will mithilfe einer „kampffähigen Partei“ das bestehende Gesellschaftssystem „zerbrechen“ und durch Arbeiterräte ersetzen. Ein zentraler antiimperialistischer Zusammenschluss ist die „Perspektive Kommunismus“ (PK).

Sie setzt sich aus revolutionär-kommunistisch ausgerichteten Gruppen zusammen und verteidigt Gewaltanwendung als grundsätzlich legitim und notwendig.

Die Mehrheit der dogmatischen Linksextremisten ist als nicht gewaltorientiert einzustufen. Dennoch zielen auch sie darauf ab, durch ihr Handeln eine „revolutionäre Situation“ herbeizuführen. Hierzu zählen die DKP, die MLPD oder trotzkistische Strukturen wie das Netzwerk „marx21“.

„Kommunistische Jugend- und Kadergruppen“ (KJKG)

Neue dogmatisch-kommunistische Strukturen verzeichnen einen starken Zulauf – insbesondere durch sehr junge Menschen. Öffentlich treten diese Gruppen selbstbewusst und zunehmend gewaltorientiert in Erscheinung. Sie fallen stilistisch durch einen einheitlichen Kleidungsstil und die Verwendung einer für sie typischen Symbolik wie rote Schlauchschals und Fahnen sowie schwarze Jacken auf.





Kapitel 3

Wie wollen Links- extremisten ihre Ziele erreichen?

Linksextremisten verfolgen verschiedene Strategien, um ihre eigene Position zu stärken und den „verhassten Staat“ zu bekämpfen und zu schwächen. Wenn sie Straf- und Gewalttaten verüben, wollen sie die direkte physische Konfrontation mit dem Staat und dem „System“ erzwingen.

Andere Strategien sind darauf ausgerichtet, ein sicheres Umfeld ohne staatliche beziehungsweise polizeiliche Einflussnahme für die Szene zu schaffen. So wollen die Akteure die eigene Handlungsfähigkeit steigern und ihren Einfluss ausweiten. Zum einen sind Linksextremisten stetig bemüht, sich – auch international – untereinander zu vernetzen. Zum anderen versuchen sie, an gesellschaftlich relevante Themen und Diskussionsprozesse anzuknüpfen, diese ideologisch zu unterlegen und

auch durch militante Aktionen Aufmerksamkeit zu erzeugen. Auf diese Weise sollen vor allem junge Menschen für linksextremistische Ziele gewonnen und radikalisiert werden. Teilweise geschieht dies auch unschwellig über Formate oder Angebote, die eine extremistische Gesinnung zunächst nicht erkennen lassen. Oder über einzelne Personen, die sich beispielsweise in demokratischen Parteien engagieren und versuchen, linksextremistische Ziele in die Programmatik einzubringen.

Autonome Linksextremisten wollen „Freiräume“ schaffen, die den Akteuren auch als Aktionsraum für die Vorbereitung militanter Proteste oder von Straf- und Gewalttaten dienen und nach ihrer Vorstellung frei von jeglichem staatlichen Zugriff sein sollen.

Gewalt

Begründungskonzepte für den Einsatz von Gewalt

Linksextremisten betrachten Gewalt aus unterschiedlichsten Motiven als legitimes Mittel. Ihr Einsatz unterliegt aber in der Regel der Notwendigkeit einer ausführlichen Begründung, der sie mit der Veröffentlichung von Taterklärungen

nachkommen. Um ihren Einflussbereich auszuweiten, vorhandenes Personenpotenzial auszuschöpfen und neue Akteure hinzuzugewinnen müssen sie erklären, dass es bei der Gewaltanwendung nicht um den reinen zerstörerischen Akt geht.

Vielmehr werde damit ein höheres politisches Ziel – die Zerstörung des derzeitigen Staats- und Gesellschaftsgefüges – verfolgt. Für autonome Linksextremisten stellt

Gewalt ein „Mittel der eigenen Befreiung“ und Instrument dar, um die eigene „Wut auf die Verhältnisse“ auszudrücken.



Brennendes Auto bei der Demonstration Welcome2Hell gegen den G20-Gipfel in Hamburg.

Linksextremistische Begründungskonzepte für eine Gewaltanwendung resultieren aus der konsequenten Staatsfeindlichkeit der Akteure. So erkenne man den Staat nicht an, müsse sich gegen ihn zur Wehr setzen oder gegen ihn kämpfen.

Im Einzelnen lassen sich die folgenden Leit motive ausmachen:

„Antiparlamentarismus“

Gewaltorientierte Linksextremisten bezweifeln, dass durch Wahlen Veränderungen herbeigeführt werden können, weshalb auf „Militanz“ als zentrale Handlungsform gesetzt werden müsse. Aus ihrer Sicht dienten Wahlen lediglich dazu, den „Kapitalismus“ durch den Schein eines Mitbestimmungsrechts zu erhalten und eine angebliche strukturelle Gewalt des Staates zu legitimieren.

Gewalt als vermeintliche „Notwehrhandlung“

Da gewaltorientierte Linksextremisten ihre Selbstbestimmung als absolutes und natürliches Recht ansehen, gestehen sie keiner staatlichen Institution das Recht zu, in ihr Leben „einzugreifen“. Dementsprechend verklären sie gewaltsamen Widerstand dagegen zur legitimen Notwehrhandlung.

Verteidigung von „Freiräumen“

Das Gewaltverständnis zeigt sich auch bei der „Eroberung“ und Verteidigung „autonomer Freiräume“. Autonome Linksextremisten erkennen die öffentliche Ordnung nicht an und ignorieren regelmäßig bestehende Eigentumsverhältnisse, um Orte frei von staatlichem Zugriff zu errichten. Jegliche staatlichen Eingriffe werden in der Folge als „Angriff“ auf ihre Selbstbestimmung verstanden. So kann bereits die reine Anwesenheit von Polizeikräften innerhalb eines „Freiraums“ gewalttätige Angriffe auslösen

„Selbstermächtigung in der Aktion“

Vor allem autonome Linksextremisten sehen sich dazu berechtigt, tatsächliche oder vermeintliche Missstände durch Straf- und Gewalttaten selbst zu „beseitigen“. So führen sie eigenmächtig ihren „antifaschistischen Kampf“, um „Nazis“ möglichst

handlungsunfähig zu machen. Angriffe auf Wirtschaftsunternehmen werden häufig damit begründet, dass diese „ausbeuterisch“ handelten oder die Umwelt zerstörten.

Destruktives Revolutionskonzept

Da (vor allem autonome) Linksextremisten die Beseitigung des Staates anstreben, dient jeder Angriff auf seine Institutionen und Symbole einem unmittelbaren politischen Zweck. Der Staat soll punktuell herausgefordert und durch die Kontinuität autonomer Militanz nach und nach dekonstruiert werden. Isoliert betrachtet haben die Taten kaum revolutionären Charakter, sie sollen ihre Wirkung in der Summe entfalten.

Öffentliche Aufmerksamkeit

Durch spektakuläre Taten soll größtmögliche Aufmerksamkeit erzeugt werden, die den eigenen Ansichten Nachdruck verleiht und die eigene politische Agenda in eine breite Öffentlichkeit trägt. So kann eine einzelne Gewalttat im Nachhinein politische Symbolkraft entfalten und zu Nachahmungstaten animieren.

Verleitung des Staates zur „Überreaktion“

Linksextremisten sind davon überzeugt, den Staat durch Straf- und

Gewalttaten zu einer „Überreaktion“ provozieren zu können. Durch eine Vielzahl von „Nadelstichen“ werde dieser so gereizt, dass er seine „demokratische Maske“ ablegen und

seinen vermeintlich wahren, unterdrückerischen Charakter offenbaren würde. Dadurch steige in der „Arbeiterklasse“ die Bereitschaft zu einem revolutionären Umsturz.

Netzwerk „Antifa-Ost“

Dem Netzwerk „Antifa-Ost“ – in Anlehnung an ihr bevorzugtes Tatmittel auch als „Hammerbande“ bekannt – werden zahlreiche Gewalttaten in den letzten Jahren gegen von ihnen als Rechtsextremisten definierte Personen zugerechnet. Die einzelnen Taten wurden in wechselnder Zusammensetzung verübt. Zur Vorbereitung ihrer Angriffe trainierten die Täter verschiedene Szenarien und legten Tatmitteldepots an. Sie kommunizierten äußerst vorsichtig – zum Beispiel über alte Wegwerfhandys mit SIM-Karten, die auf fiktive Personen registriert waren – und planten die Taten akribisch, wobei sie arbeitsteilig vorgingen.

Im Zusammenhang mit der internationalen rechtsextremistischen Gedenkveranstaltung „Tag der Ehre“, die vom 9. bis 11. Februar 2023 in Budapest (Ungarn) stattfand, griffen Akteure des Netzwerks „Antifa-Ost“ gemeinsam mit weiteren Linksextremisten aus anderen Ländern mehrere tatsächlich oder vermeintlich daran Teilnehmende an und verletzten sie teils erheblich. Danach begaben sich zahlreiche der deutschen Angreifer in den Untergrund, um sich der Strafverfolgung zu entziehen. Zwischen Dezember 2023 und Anfang 2025 konnten mehrere Tatverdächtige festgenommen werden, darunter im November 2024 der mutmaßliche Rädelsführer des Netzwerks. Ihnen werden unter anderem Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gefährliche Körperverletzung und in einigen Fällen auch versuchter Mord vorgeworfen. Aufgrund der Festnahmen und zum Teil bereits erfolgter Verurteilungen zu Haftstrafen ist das Netzwerk „Antifa-Ost“ als zerschlagen anzusehen. Der „militante Antifaschismus“ wird gleichwohl auch zukünftig eine wichtige Rolle im Linksextremismus spielen.



Hauptziele linksextremistischer Gewalt

Aus linksextremistischer Sicht gelten Menschenrechte insbesondere für Rechtsextremisten, aber auch für Polizeibedienstete nur eingeschränkt. Körperliche Gewalt gegen „Nazis“ und „Bullenschweine“ wird in der gewaltbereiten Szene als legitim betrachtet. Zusätzlich richtet sich ihre Gewalt gegen staatliche Einrichtungen, Wirtschaftsunternehmen und auch KRITIS. Zu den Feindbildern zählen insbesondere:

Die Polizei

Zahlreiche linksextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten richten sich gegen die Polizei oder ihre

Infrastrukturen. Denn im Kampf gegen den verhassten Staat ist sie als sichtbarste Verkörperung des nicht akzeptierten staatlichen Gewaltmonopols das zentrale Feindbild. Sie wird als „Handlanger des Repressionsstaats“ angesehen, der Linksextremisten an der Verwirklichung ihrer ideologischen Ziele hindert. So werden Polizeibedienstete als „Mörder in Uniform“, „Robo-Cops“ und „Bullenschweine“ verunglimpft, die es allein aufgrund ihrer Berufswahl verdient hätten, physische Gewalt zu erfahren. Die damit verbundene Entmenslichung verletzt ihre Menschenwürde.



Banner bei einer Demonstration in Hamburg.

Bei Demonstrationen, Abschiebungen, Räumungen von Szeneobjekten, polizeilichen Durchsuchungen oder Festnahmen werden Einsatzkräfte gezielt angegriffen und teilweise durch den Einsatz von Pyrotechnik, Pflastersteinen und Glasflaschen verletzt. Diese schweren Attacken,

bei denen auch Molotowcocktails eingesetzt wurden, gefährden das Leben von Polizistinnen und Polizisten. Zudem werden immer wieder Sachbeschädigungen und Brandstiftungen an polizeilichen Einrichtungen und Einsatzfahrzeugen verübt.



Banner bei einer Demonstration in Hamburg.

„Faschisten“

Der militant geführte „antifaschistische Kampf“ von Linksextremisten ist von hoher Gewaltbereitschaft und Brutalität geprägt. „Outings“, Bedrohungen, Beschädigung oder Zerstörung von Eigentum, Brandstiftungen an Fahrzeugen oder Szeneobjekten bis hin zu brutalen körperlichen Angriffen auf als „fa-

schistisch“ ausgemachte Personen sind an der Tagesordnung.

Die brutalen Angriffe sollen dabei nicht nur ihrem konkreten Opfer schaden, sondern auch in der „rechten“ und rechtsextremistischen Szene ein stetes Gefühl der Angst erzeugen.

„Outings“



Als Vorstufe zur körperlichen Gewalt gehört das „Outing“ von Personen, die Linksextremisten als „Faschisten“ bezeichnen, zum Repertoire der Szene. Durch Internetbeiträge, Plakate oder Briefkasteneinwürfe in deren Umfeld sollen sie als „Nazis“ bekannt gemacht und sozial geächtet werden.

Darüber hinaus wird anderen Linksextremisten die Möglichkeit eröffnet, selbst gegen diese Personen vorzugehen. So sind „Outings“ häufig mit mehr oder minder verklausulierten Aufrufen zu Straf- und Gewalttaten gegen die Betroffenen verbunden. Auf diese Weise wird ein Bedrohungsszenario aufgebaut und die „geoutete“ Person eingeschüchtert, da diese jederzeit mit einem Angriff auf sich oder ihr Eigentum rechnen muss. Immer wieder kommt es im Nachgang von „Outings“ zu Brandstiftungen an Fahrzeugen, Sachbeschädigungen oder gewaltsamen Überfällen auf „geoutete“ Personen.



Der Staat

Immer wieder begehen gewaltbereite Linksextremisten Brandstiftungen und Sachbeschädigungen gegen staatliche Institutionen und ihre Repräsentanten. Unter anderem Jobcenter sind nach ihrer Lesart Teil des Herrschaftsgefüges eines repressiven Staates, der Menschen unterdrücke und skrupellos ausbeute.

Auch politische Parteien und deren Vertreterinnen und Vertreter – insbesondere der „Alternative für Deutschland“ (AfD, Verdachtsfall) – stehen dabei im Fokus des „antifaschistischen Kampfes“. Teilweise

werden aber auch Politikerinnen und Politiker anderer im Bundestag verteilter Parteien bis hinunter auf kommunale Ebene attackiert. Neben Sachbeschädigungen an Parteibüros und der Störung von Parteiveranstaltungen kommt es auch zu Beschimpfungen von Personen im Internet. Diese Taten knüpfen zu meist an einzelne Personen, Themen oder Positionen an und sind häufig durch lokale Sachverhalte oder Ereignisse motiviert.

Justizangehörige und Repräsentanten von Sicherheitsbehörden gehören als Teil des „Repressions-

staats“ ebenfalls zum Zielspektrum gewaltorientierter Linksextremisten. So wurde das private Wohnhaus des Leiters des Landesamts für Verfassungsschutz Bremen in der Nacht auf den 24. Januar 2026 aus einer linksextremistischen Motivation heraus mit Farbe beschädigt. Darüber hinaus wurden Reifen und mehrere Scheiben eines in der Nähe des Wohnhauses geparkten Pkw zerstört.

Im Zusammenhang mit dem Aktionsfeld „Antimilitarismus“ zerstören gewaltorientierte Linksextremisten Bundeswehrfahrzeuge und beschädigen Liegenschaften. Militärische Einsätze in Krisengebieten und die Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen und Material im Kampf gegen Russland gelten als Versuch, „Kapitalinteressen“ (Sicherung von Rohstoffen oder Absatzmärkten) im Ausland durchzusetzen.

Wirtschaftsunternehmen

Wirtschaftsunternehmen symbolisieren für Linksextremisten das von ihnen verhasste, „ausbeuterische kapitalistische System“, das bekämpft werden müsse. Die Szene wirft ihnen generell skrupellose Profitorientierung einhergehend mit konsequentem „Greenwashing“ im Klimaschutz vor. Nahezu jedes größere Unternehmen in Deutsch-

land ist abstrakt gefährdet, zum Ziel linksextremistischer Agitation und Straftaten zu werden. Brandstiftungen oder Sachbeschädigungen an Fahrzeugen, Maschinen oder Infrastruktur von Wirtschaftsunternehmen verursachen jährlich enorme Sachschäden.

Im Fokus stehen bestimmte Wirtschaftsbereiche (insbesondere aus der Rüstungsindustrie sowie der Energie-, Bau-, Technologie- oder Automobilbranche) oder Unternehmen wie die Deutsche Bahn. Die Straftaten werden in verschiedenen Themenzusammenhängen begründet. Neben „Antirepression“ und „Antimilitarismus“ dient den Akteuren auch regelmäßig ein vermeintliches Engagement für den Klimaschutz als Rechtfertigung ihrer Straftaten. So fokussieren sie sich beispielsweise bei der Deutschen Bahn darauf, dass diese sich am Bau einer Bahnstrecke durch einen Urwald in Mexiko beteiligt. Im Hinblick auf Elektroautos zählt bei Linksextremisten die Klimafreundlichkeit der Elektromobilität nicht; stattdessen wird die Klimaschädlichkeit der verbauten Materialien angeprangert. Linksextremisten beabsichtigen zudem, das Ansehen der angegriffenen Unternehmen dauerhaft zu schädigen.



Transparent an der Roten Flora (Hamburg), auf dem mit einem brennenden Cybertruck für Aktionstage gegen Tesla mobilisiert wurde. Der „Spielstand“ von 2:1 steht dafür, dass die Polizei ein erstes identisches Banner entfernt hatte.

„Switch off“-Kampagne



Im Rahmen der Kampagne „Switch off – the system of destruction“ wurde eine Auflistung verschiedener Energieversorger und anderer Unternehmen veröffentlicht, die in besonderem Maße für die Klimakrise verantwortlich sein sollen.

Die betroffenen Unternehmen wurden auf diese Weise eindeutig als Ziele für Straftaten markiert. Auf der Kampagnenwebsite werden seit dem Jahr 2023 über 100 Straftaten in Deutschland sowie weitere im Ausland aufgelistet, welche so in den Zusammenhang mit „Switch off“ gesetzt werden. Hierunter fallen Sachbeschädigungen und Brandstiftungen, die sich unter anderem gegen Logistikunternehmen, die Deutsche Bahn, Funk- und Sendemasten, Ladesäulen für Elektroautos, Autohäuser und Forstmaschinen richteten.



Beeinflussung des gesellschaftlichen Diskurses und demokratischer Proteste

Linksextremisten wollen ihre Einflussmöglichkeiten ausweiten und neue Anhänger gewinnen. Deshalb greifen sie gezielt tagespolitisch bedeutsame Themen auf, um Einfluss auf gesellschaftliche Diskussionen zu nehmen. Dabei versuchen sie, linksextremistische Positionen in den gesamtgesellschaftlichen Kontext einzubetten und zivildemokratischen Protest um eine militante Komponente zu ergänzen. Im Kern geht es ihnen dabei vor allem um die Delegitimierung des Staates und seiner Institutionen.

So versuchen sie beispielsweise, das Thema „Klimaschutz“ für ihre Anliegen zu instrumentalisieren. Auch der Nahostkonflikt oder die Frage nach bezahlbarem Wohnraum können als Projektionsflächen für linksextremistische Positionen dienen. Schließlich sind die Debatten um eine militärisch angemessene Ausstattung der Bundeswehr, zu Waffenlieferungen an die Ukraine oder zur Migrationspolitik derzeit für viele Menschen relevant.

Entrismus/Entgrenzung

Eine Strategie zur ideologischen Einflussnahme auf demokratische Prozesse und gesellschaftliche Diskurse ist der sogenannte Entrismus. Vor allem trotzkistische dogmatische Linksextremisten versuchen, ihre eigene organisatorische Schwäche durch den Griff nach anderen Strukturen auszugleichen. Trotzlisten leiten ihre Revolutionstheorie aus der Lehre Leo Trotskys ab. Sie verstehen den angestrebten revolutionären Prozess als permanente, internationale Revolution unter Führung von Arbeiterräten.

Offen oder verdeckt versuchen sie, Aktionsbündnisse, Kampagnen und Organisationen zu infiltrieren und unter ihre Kontrolle zu bringen. Gelingt dies nicht, so soll zumindest ein Kern an trotzkistischen „Kadern“ in diese Organisationen geschleust werden. Das Ziel dieser Unterwanderungsstrategie ist die Instrumentalisierung bereits organisierter Bündnisse und Bewegungen für den Aufbau einer revolutionären Massenbewegung.

Ein ähnlicher strategischer Ansatz ist die „anarchistische Massenarbeit“ organisationsgebundener Anarchisten. Über die Etablierung größerer anarchistischer Netzwerke soll dabei das derzeitige Staats- und Gesellschaftssystem gezielt unterwandert werden, um einen „revolutionären Zustand“ zu erreichen. Konkret engagieren sich organisationsgebundene Anarchisten in Gewerkschaften oder für soziale Protestthemen und versuchen darüber, im politischen Bereich Einfluss zu gewinnen.

Immer wieder gibt es auch Versuche, das private Lebensumfeld als Einfallstor zur Entwicklung eines auf persönlichen Vertrauensverhältnissen basierenden großen anarchistischen Netzwerks zu nutzen. Über sogenannte Nachbarschaftsräume werden Menschen in ihren Wohnvierteln mit niedrigschwelligen Angeboten angesprochen. So wird ein Vertrauensverhältnis aufgebaut und nach und nach anarchistisches Gedankengut vermittelt.

Vernetzung

Linksextremisten versuchen auf zahlreichen Ebenen, durch Vernetzung im In- und Ausland ihre Wirkkraft zu erhöhen und ihre Positionen zu verbreiten. Voraussetzung dafür ist häufig ein gemeinsames ideologisches Grundgerüst, welches – trotz Unterschieden bei konkreten Zielen oder Aktionsformen einschließlich der Gewaltfrage – spektrübergreifend verbindet. Auf diese Weise bilden sich vielschichtige Netzwerke, die von jahrelangen persönlichen Bekanntschaften und Szenezugehörigkeiten geprägt sind – verbunden mit wechselseitigen Reisebewegungen und Teilnahmen an Veranstaltungen.

Grenzüberschreitende Vernetzung führt dazu, dass insbesondere auf staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten auch von gewaltorientierten Szeneakteuren in anderen Staaten regelmäßig mit Solidaritätsbekundungen und -aktionen reagiert wird. Neben der anlassbezogenen Mobilisierung gegen internationale Großereignisse agieren sie länderübergreifend zunehmend auch in klandestinen Aktionszellen mit dem Ziel, gemeinsam Straf- und Gewalttaten inner- und außerhalb Deutschlands zu begehen.



Protestzug nach Durchsuchungen in der anarchistischen Bibliothek „kalabal!k“ und in mehreren Privatwohnungen in Berlin und Athen wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung in Berlin-Kreuzberg.

Hierzulande haben sich neben Parteien auch in organisationskritischen Bereichen wie dem autonomen Linksextremismus langlebige Vernetzungsstrukturen etabliert. Eine wesentliche Akteurin ist hier die postautonome IL. Solche strategischen Bündnisstrukturen spielen für die Überwindung der Organisationsdefizite, aber auch für die Kampagnenfähigkeit des Linksextremismus eine entscheidende Rolle.

Deutsche Linksextremisten arbeiten auch mit einschlägigen türkischen Organisationen zusammen, zum Beispiel bei Demonstrationen oder gemeinsamen Veranstaltungen. Auch solidarisieren sie sich mit den kurdischen Autonomiebestrebun-

gen und der in Deutschland verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Dieses Engagement nutzt die PKK hierzulande sowohl für Propaganda als auch zur Rekrutierung für den Kampf in den kurdischen Siedlungsgebieten. Dabei dient die konkrete Unterstützung einer „revolutionären Bewegung“ einzelnen linksextremistischen Akteuren auch als Motivation für Reisen in die kurdischen Gebiete im Nahen Osten. Deren Betätigung reicht dort von humanitärer und logistischer Hilfe über publizistische Berichterstattung bis hin zur konkreten Teilnahme an militärischen Kampfhandlungen.

Für dogmatische Linksextremisten ist zudem die „Palästinasolidarität“ ein wesentliches und verbindendes Thema, bei dem Israelfeindschaft,

Antizionismus und israelbezogener Antisemitismus zum Ausdruck kommen.

Schaffung und Verteidigung von „Freiräumen“

Linksextremisten ignorieren bestehende Eigentumsverhältnisse und errichten Orte, an denen sie selbst über die Regeln des Zusammenlebens bestimmen wollen. Diese „Freiräume“ sollen aus ihrer Sicht Orte frei von rechtsstaatlicher Einflussnahme und Überwachung sowie „kapitalistischer Verwertungslogik“ sein. Es kann sich dabei um besetzte Häuser, kollektive Wohnprojekte oder selbstverwaltete Kulturzentren handeln. Neben einer hohen Bedeutung als Symbole des

Widerstands haben sie auch eine praktische Funktion für die Szene, da sie häufig als Aktionsräume für militante Aktionen und Straftaten genutzt werden. Nach einer Reihe von Räumungen linksextremistisch besetzter Objekte in der jüngeren Vergangenheit sind die bekanntesten noch verbliebenen Szeneobjekte aktuell die „Rigaer94“ in Berlin und die „Rote Flora“ in Hamburg. In Leipzig betrachtet die autonome Szene den kompletten Stadtteil Connewitz als ihren „Freiraum“.



Auf den drohenden Verlust von Szeneobjekten reagieren Linksextremisten meist äußerst aggressiv. Auslöser können auslaufende Nutzungs- oder Mietverträge, städtische Umstrukturierungsmaßnahmen in unmittelbarer Nähe von Szeneobjekten, Eigentumswechsel, Durchsuchungen oder Räumungen auf Antrag der Eigentümer sein. Linksextremisten beantworten solche „Angriffe auf ihre Freiräume“ mit Protesten sowie Sachbeschädigungen und Brandstiftungen an „Luxusimmobilien“ oder Fahrzeugen, Maschinen und Gebäuden von Bau- oder Immobilienunternehmen. Auch gezielte Angriffe auf Einsatzkräfte, Gebäude und Fahrzeuge der Polizei werden oft mit der Verteidigung von Szeneobjekten begründet. Häufig kommt es zu gezielten Angriffen durch Steinwürfe oder den Einsatz von Pyrotechnik.



Kapitel 4

Wo begegnet mir Linksextremismus im Alltag?

Regionale Schwerpunkte

Linksextremistische Gruppen gibt es in vielen Teilen Deutschlands, wobei regionale Schwerpunkte bestehen. Die größten autonomen Szenen existieren in Groß- und Universitätsstädten. Traditionell handelt es sich dabei um Städte, in denen die Hausbesetzerszene der 1980er- und 1990er-Jahre besonders stark ausgeprägt war. Hierdurch verfügte die autonome Szene schon früh in ihrer Entstehungszeit über gemeinsame Trefforte. Deren überregionale Strahlkraft begünstigte den Zuzug autonomer sowie subkultureller

Klientel und legte den Grundstein für die Entstehung von Szenevierteln wie Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin, die Sternschanze in Hamburg oder Connewitz in Leipzig, die bis heute als autonome Hochburgen gelten. In „ihren“ Vierteln verfügen die Autonomen nicht nur über ein überdurchschnittlich hohes Aktionsniveau und Mobilisierungspotenzial, sondern begehen auch besonders viele Straf- und Gewalttaten. Aber auch in Bremen oder München zeigen linksextremistische Akteure ein hohes Aktionsniveau.

Symbole

Linksextremistisch relevante Symbole sind häufig als Graffiti, Plakate oder Sticker im Stadtbild sichtbar, insbesondere im Umfeld von Szenetreffpunkten. Zusätzlich sieht man sie bei Demonstrationen auf Bannern oder Fahnen.

Die Verwendung der verschiedenen Symbole ist – anders als beispielsweise nationalsozialistische Symbolik im Rechtsextremismus (nach § 86 Abs. 1 Nr. 4 Strafgesetzbuch, StGB) – in den meisten Fällen nicht strafbar. Dies ist nur der Fall, wenn es sich um Kennzeichen verbotener

oder auf der EU-Terrorliste geführter Organisationen oder für verfassungswidrig erklärter Parteien handelt. Dies trifft für die im Folgenden beispielhaft genannten Symbole jedoch nicht zu.



Das **Anarchiesymbol** steht für die Abschaffung staatlicher Herrschaft und die Einführung von Anarchie. Das Symbol findet auch in bestimmten Subkulturen außerhalb des Linksextremismus

Verwendung und steht dann für die Ablehnung von (fremdbestimmenden) Regeln allgemein.



Das „Antifa“-Symbol steht nicht für eine einzelne Organisation. Es beinhaltet vielmehr die

Botschaft, dass es bei der „Antifaschistischen Aktion“ nicht um zivil-demokratisches Engagement gegen

Rechtsextremismus gehe, sondern gerade um die Abgrenzung vom „bürgerlichen“ Engagement mit rechtsstaatlichen Mitteln. Dies wird durch die gegen rechts geneigten Doppelfahnen versinnbildlicht: Die rote Fahne symbolisiert dabei den Sozialismus, während die schwarze Fahne für den autonomen Anarchismus steht. Dementsprechend findet das „Antifa“-Symbol im Linksextremismus breite Verwendung – vor allem im gewaltorientierten Teil der Szene.

„Antifa“/„Antifaschistische Aktion“

„Eine Antifa“ im Sinne einer einheitlichen, bundesweit agierenden, klar umgrenzten und strukturell auf Dauer verfestigten Organisation existiert derzeit nicht. Bei den lokalen Gruppierungen und Initiativen, die sich unter den Begriffen „Antifa“ oder „Antifaschistische Aktion“ anlassbezogen zusammenfinden oder diese als Namensbestandteil tragen, handelt es sich zumeist um lockere, zeitlich begrenzte Verbindungen wechselnder Personen. Diese betätigen sich häufig – aber oft nicht ausschließlich – im linksextremistischen „antifaschistischen Kampf“.



**ANTIFASCHISTISCHE
AKTION SÜD**

Die Etablierung einer bundesweiten antifaschistischen Gruppierung ist das Fernziel der Ende 2021 gegründeten gewaltbereiten „Antifaschistischen Aktion Süd“ („Antifa Süd“). Sie besteht aus einer fest geordneten Struktur, die sich aus regionalen Gruppierungen aus Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz zusammensetzt. Neben dem gewaltsam geführten „antifaschistischen Kampf“ vor Ort will sie „antifaschistische“ Kräfte stärker bündeln, um gegen „Faschisten“ auch „überregional schlagkräftig zu intervenieren“.





Der Stern ist für Linksextremisten seit jeher ein prominentes Symbol. Der **rote Stern** ist das zen-

trale Kennzeichen des sowjetischen Kommunismus. Häufig wird er mit weiteren Symbolen kombiniert, die für bestimmte marxistisch-leninistische Ausformungen des Kommunismus stehen. Ein **schwarzer Stern** symbolisiert den Anarchismus. Ein jeweils **zur Hälfte roter und schwarzer Stern** steht für die beiden genannten Staatsformen und richtet sich gegen den demokratischen Rechtsstaat.



Die **geballte Faust** ist ein Zeichen für Kampfbereitschaft und steht für Gewalt und Militanz. Kommunisten nutzen sie

auch als Zeichen für die sozialistische Arbeiterbewegung. In etwas allgemeinerer Bedeutung steht die geballte Faust auch für Solidarität.



Hammer und Sichel symbolisierten im Staatswappen der Sowjetunion das als

Ideal avisierte Bündnis aus „Arbeiterklasse“ und Bauernschaft als Basis des Kommunismus. Beide Elemente kommen auch mit anderen Symbolen in unterschiedlichen Kombinationen vor. Häufig findet man sie vor dem Hintergrund eines roten Sterns.

Codes/Parolen/Slogans

„161“

→ Der Code symbolisiert die Position der Buchstaben A und F im Alphabet und steht somit für „Antifaschistische Aktion“. Er wird zum Beispiel als Namenszusatz antifaschistischer Gruppierungen eingesetzt.

„ACAB“/„1312“

→ Mit dem Akronym für „All Cops Are Bastards“ drücken Linksextremisten einerseits die Ablehnung der Polizei und andererseits des Staates sowie dessen Gewaltmonopols insgesamt aus. Die Zahlenfolge „1312“ symbolisiert entsprechend die Positionen der zugehörigen Buchstaben im Alphabet.

„ACAT“

→ Das Akronym für „All Cops Are Targets“ erklärt Polizeikräfte zu Angriffszielen linksextremistischer Straf- und Gewalttaten. Die Aussage kann als Aufruf zu entsprechenden Taten verstanden werden.



„FREE ...“

→ Gängiger Slogan in Solidarität mit inhaftierten Szeneangehörigen für die Forderung nach deren Freilassung. Im Rahmen des Strafverfahrens gegen Akteure des Netzwerks „Antifa-Ost“ war bei Protesten zum Beispiel häufig der Schriftzug „FREE LINA“ als Graffiti oder auf Plakaten zu lesen.



„Solidarität ist der Hammer“

→ Ursprünglich in Anspielung auf das bevorzugte Tatwerkzeug als Solidaritätserklärung mit den Akteuren des Netzwerks „Antifa-Ost“ gemeint. Diese hatten ihren Opfern bei zielgerichteten Angriffen unter anderem mit Hämmern teils schwere Verletzungen zugefügt. Die häufig verwendete Parole lässt die kritiklose und gewaltbefürwortende Haltung der autonomen Szene erkennen.

„system change, not climate change“

→ Häufig im Rahmen von Klimaschutzprotesten insbesondere vom Bündnis „Ende Gelände“ (Verdachtsfall) geprägte Parole, mit der eine „Systemveränderung“ beziehungsweise die Abschaffung des aktuellen wirtschaftlichen und politischen „Systems“ gefordert wird. Damit ist keine demokratische Veränderung politischer Ziele oder von Wirtschaftsformen gemeint. Linksextremisten zielen damit vielmehr auf die – letztlich auch gewaltsame – Abschaffung des „kapitalistischen Systems“, verstanden als untrennbare Einheit von Wirtschaftssystem und fdGO. Die Parole wird häufig von Nichtextremisten unreflektiert beziehungsweise ohne Wissen um ihren eigentlichen Ursprung und Inhalt übernommen.

„Tag X“

→ Bezeichnung eines Tages, dessen Kalenderdatum noch nicht bekannt ist. Linksextremisten rufen hiermit frühzeitig, häufig im Rahmen einer Kampagne, zu Protesten und Straftaten anlässlich eines kommenden Ereignisses auf. Dabei kann es sich zum Beispiel um eine bevorstehende Verurteilung linksextremistischer Gewalttäter oder die Räumung eines besetzten Szeneobjekts handeln.

„Wir sind alle 129a“

→ Solidaritätserklärung mit Linksextremisten, die von staatlichen Maßnahmen nach § 129a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung) betroffen sind. Die Parole kann ebenso für die Selbstdarstellung als angebliche Opfer vermeintlicher „staatlicher Repression“ verwendet werden.



Demonstrationen/Proteste/Veranstaltungen

Lange Zeit prägten große Protestmärsche und Demonstrationen das öffentliche Bild von Linksextremisten. Immer wieder eskalierten diese Versammlungen und es kam zu Angriffen auf die Polizei, Blockaden, Brandstiftungen und Sachbeschädigungen. Vor allem wiederkehrende szenerelevante Tage und Ereignisse sowie politische Großveranstaltungen waren Brennpunkte linksextre-

mistischer Gewalt. In den letzten Jahren hat sich deren Schwerpunkt aber weg von der Massenmilitanz hin zu meist gut geplanten Aktionen militanter Kleingruppen verschoben. Dennoch gibt es noch immer Anlässe, die einen festen Bezugspunkt für linksextremistische Proteste bilden, und Aktionsformen, die in diesem Rahmen bevorzugt genutzt werden.

Relevante Daten

18. März: „Tag der politischen Gefangenen“

Der 18. März wurde von der „Internationalen Roten Hilfe“ im Jahr 1923 in Erinnerung an den Aufstand der revolutionären „Pariser Kommune“ von 1871 zum sogenannten Tag der politischen Gefangenen ausgerufen. Seitdem ist dieser Tag vor allem für die linksextremistische Szene von Bedeutung. Rund um dieses Datum sowie am Tag selbst werden Solidaritätsaktionen für vermeintliche „politische Gefangene“ durchgeführt.

Als solche bezeichnet die Szene Straf- und Gewalttäter aus ihren Reihen, die rechtskräftig verurteilt wurden und sich in Haft befinden. Durch den Zusatz „politisch“ soll der Eindruck erweckt werden, dass deren politische Einstellung oder Aktivitäten maßgeblich für das Strafmaß seien. Dadurch soll die Rechtsprechung des Staates und der gesamte Staat einschließlich seiner Institutionen als „Unrechtsstaat“ diffamiert und delegitimiert werden.



Banner bei einer Demonstration von Linksautonomen in Hamburg.

1. Mai: „Arbeiterkampftag“

Der 1. Mai ist als „traditioneller Arbeiterkampftag“ für die Szene ein bedeutsamer Mobilisierungstermin. Linksextremisten organisieren Veranstaltungen am 30. April sowie 1. Mai und mobilisieren bundesweit zur Teilnahme daran. Zudem beteiligen sie sich an gewerkschaftlich initiierten Protesten und Kundgebungen. Im Fokus der Szene sind auch rechtsextremistische Veranstaltungen, die durch Aktionen sowie Gegendemonstrationen blockiert und sabotiert werden sollen. Die größte „Revolutionärer 1. Mai-Demonstration“ findet üblicherweise in Berlin statt.

13. Dezember: „ACAB“-Tag

Wie bereits weiter oben ausgeführt, steht die Chiffre „1312“ für „ACAB“ („All Cops Are Bastards“). Übertragen auf ein Datum wird der 13.12. jedes Jahr von der Szene für Proteste gegen vermeintliche Polizeigewalt genutzt.



Ausschnitt eines Banners bei einer Demonstration in Hamburg.

31. Dezember: Silvesternacht

Neben sogenannten Knastspaziergängen in Solidarität mit inhaftierten Gewalttätern aus der Szene ist die Silvesternacht für gewaltbereite Linksextremisten häufig Anlass für Straftaten bis hin zu gewaltsamen Angriffen auf die Polizei. Ein

regionaler Schwerpunkt liegt dabei regelmäßig in Leipzig: In den letzten Jahren kam es hier immer wieder zu linksextremistisch motivierten Brandstiftungen und Sachbeschädigungen.

Aktionsformen/Taktiken

„Finger-Taktik“

Die „Finger-Taktik“ wurde erstmals im Jahr 2007 anlässlich einer Großdemonstration gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) praktiziert. Einzelne, farblich gekennzeichnete Demonstrationzüge („Finger“) versuchen dabei – meist angeführt von ortskundigen und protest erfahrenen Personen – Polizeiketten zu „durchfließen“, um beispielsweise in gesperrte Bereiche zu gelangen

und Blockaden zu errichten. Die Vermittlung der „Finger-Taktik“ ist ein wichtiger Bestandteil linksextremistischer Aktionstrainings, die sich auch an nicht extremistische Personen richten.

„Massenmilitanz“

Maßgeblich durch Linksextremisten initiierte Großdemonstrationen und Massenproteste anlässlich politischer Großereignisse oder staatlicher Maßnahmen gegen die Szene

waren immer wieder Schauplatz konfrontativer Gewalt. Eindrucks- volle Beispiele hierfür sind unter anderem die gewalttätigen Proteste gegen die Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main 2015, den G20-Gipfel 2017 in Hamburg oder die Räumung des Szeneobjekts „Liebig34“ in Berlin 2020. Inzwischen bleiben in der Szene im Vorfeld organisierte und beworbene Protestaktionen allerdings meist hinter den Erwartungen der Initiatoren zurück.

„Scherbendemos“

Als „Scherbendemos“ werden Aufzüge linksextremistischer Akteure bezeichnet, die randalierend durch Straßen oder Stadtviertel ziehen. Die Teilnehmenden sind meist ver- mummt und versuchen, während des Aufzugs ein größtmögliches Maß an Zerstörung zu erreichen. So

werden zum Beispiel Fensterschei- ben mit Pflastersteinen eingeworfen und Fahrzeuge in Brand gesetzt.

„Schwarzer Block“

In Demonstrationen mit links- extremistischer Beteiligung formiert sich häufig ein Block schwarz geklei- deter und vermummter gewaltbe- reiter Personen. Häufig wird dieser „Schwarze Block“ mit Seitentrans- parenten und/oder aufgespannten schwarzen Regenschirmen vom Rest der Demonstration abgegrenzt und gegen die Polizei abgeschirmt. Der martialisch erscheinende Auf- zug dient gewaltbereiten Akteuren auch als Mittel zur Konfrontation mit den Polizeikräften und als Ausgangspunkt für versammlungs- typische Straftaten. Oftmals sind in Demonstrationen auch weitere thematisch ausgerichtete Blöcke zu erkennen.



„Schwarzer Block“ bei einer Demonstration unter dem Motto „Wir sind alle Linx“ in Leipzig.

Einflussnahme auf Klimaproteste

Linksextremisten instrumentalisieren das Thema „Umwelt- und Klimaschutz“ gezielt für ihre Zwecke. Immer wieder beeinflussen und radikalisieren sie Proteste, die beispielsweise gegen die Rodung von Wäldern oder den Abbau von Kohle gerichtet sind. Insbesondere die Besetzung und die Proteste gegen die Rodung des Hambacher Forsts („Hambi“) in Nordrhein-Westfalen gelten sceneintern als Vorbild für

erfolgreichen – auch gewaltsamen – „Widerstand“ gegen Großprojekte des „Kapitalismus“. Die Proteste gegen die Rodungen im Dannenröder Forst („Danni“) in Hessen 2021 und den Abriss der Ortschaft Lützerath („Lützi“) in Nordrhein-Westfalen in 2023 zeigen ebenfalls, wie Linksextremisten erfolgreich Militanz in demokratische Proteste eingebracht haben.



Demonstration gegen die geplante Räumung von Lützerath in Berlin.

Auch die vom Bündnis „Ende Gelände“ (Verdachtsfall) initiierten „Massenaktionen zivilen Unge-

horsams“ sind geprägt durch eine Vielzahl militanter und strafbarer Aktionen. Im Jahr 2018 hatte das

Bündnis erstmals eine „Massenaktion zivilen Ungehorsams“ im Rheinischen Braunkohlerevier durchgeführt. Mit derartigen Aktionen soll eine möglichst hohe Anzahl von Personen mobilisiert werden. Dazu werden diese im Vorfeld massiv über zahlreiche Informations- und Mobilisierungsveranstaltungen, Aktionstrainings sowie gemeinsame Busanreisen vor allem auch in den sozialen Medien beworben. Ausgangspunkt für die Proteste bildet oftmals ein großes Protestcamp. Aus diesem heraus sollen dann unter Anwendung der bereits genannten „Finger-Taktik“ beispielsweise die Infrastruktur von Kohlekraftwerken oder Tagebaugebieten durch Blockaden wie auch Eindringen in gesperrte Bereiche empfindlich gestört und so die Produktion zum Erliegen gebracht werden.

„Ende Gelände“ (Verdachtsfall)

**ENDE
GELÄNDE!**



Das Bündnis „Ende Gelände“ wurde 2014 ursprünglich als Projekt von der post-autonomen IL gegründet. Es hat von der starken Dynamik der deutschen Klimaprotestbewegung profitiert und sich als

Kooperationspartner für Angehörige des autonomen sowie des dogmatischen Linksextremismus etabliert. Über die Jahre hat sich „Ende Gelände“ zunehmend von der IL emanzipiert und zur eigenständigen Struktur entwickelt. Hinzu kommen eine Ausweitung und Radikalisierung der Aktionsformen.

Neben der legitimen Forderung nach einer nachhaltigen Klimapolitik verlangt „Ende Gelände“ grundlegende Veränderungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, deren Ausgestaltung extremistische Positionen enthält. Ausgehend von der wiederholt geäußerten Forderung nach der Abschaffung der Polizei gibt es weitergehende Aussagen, die auf eine Abschaffung der drei Staatsgewalten Exekutive, Legislative und Judikative abstellen. Zudem verfügt „Ende Gelände“ über umfangreiche Kontakte und Kooperationen mit Akteuren aus dem linksextremistischen Spektrum und äußert sich regelmäßig auch abseits des ursprünglichen Klimathemas zu Themen, die für gewaltorientierte Linksextremisten relevant sind. Das BfV hat „Ende Gelände“ seit dem Jahr 2023 als Verdachtsfall eingestuft.



Anschläge und Blockaden

Gewaltorientierte Linksextremisten greifen immer wieder KRITIS in Deutschland an. Diese linksextremistischen/-terroristischen Angriffe zielen typischerweise auf die Bereiche Energie, Transport und Verkehr, Informationstechnik und Tele-

kommunikation sowie Staat und Verwaltung ab. Die Anschläge und/oder Blockaden gegen Stromkabel, Mobilfunkmasten, Gasinfrastruktur oder Tagebaue fügen nicht nur den jeweiligen Unternehmen wirtschaftlichen Schaden zu, sondern treffen

regelmäßig auch weite Teile der Bevölkerung. So waren in den letzten Jahren in einigen Fällen ganze Stadtteile teils stundenlang ohne Strom, Internet oder Telefon. Im Verkehrssektor kommt es als Folge von Anschlägen rund um Bahnan-

lagen oder gegen die Deutsche Bahn immer wieder zu spürbaren Ausfällen und Verspätungen. Insbesondere Kabelstränge im Bereich der Gleisanlagen sind regelmäßig Angriffsziel für gewaltorientierte Akteure.

„Kommando Angry Birds“

Das „Kommando Angry Birds“ tritt seit einigen Jahren mit Brandanschlägen auf Kabelschächte der Deutschen Bahn in Erscheinung. Im Juni 2025 bekannte es sich zu einem Brandanschlag, der eine der wichtigsten Bahnverbindungen in Nordrhein-Westfalen zwischen Düsseldorf und Duisburg betraf und zu massiven Störungen im Regional- und Fernverkehr führte.

„Vulkangruppen“

In Berlin und Brandenburg werden seit dem Jahr 2011 in unregelmäßigen Abständen Brandanschläge auf neuralgische Punkte der öffentlichen Infrastruktur begangen. Nach den Taten veröffentlichten anonyme Autoren, die sich selbst als „Vulkangruppen“ bezeichnen, Bekennerschreiben auf einschlägigen Internetplattformen. Häufig haben die Angriffe von „Vulkangruppen“ spürbare Auswirkungen auf die Bevölkerung: So kam es bereits mehrfach zu Ausfällen von Strom und Telekommunikation sowie zu Beeinträchtigungen im öffentlichen Nahverkehr. Die „Vulkangruppen“ lassen sich dem gewaltorientierten anarchistischen Spektrum zuordnen.



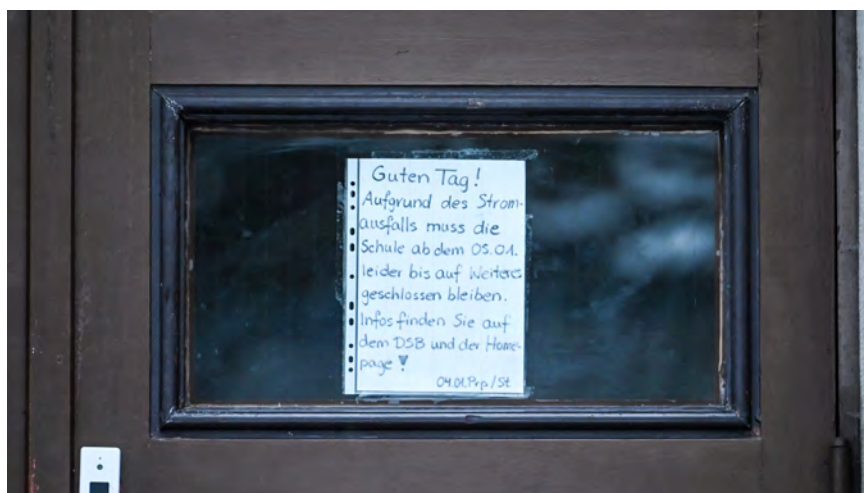
Linksextremisten zielen bei ihren Angriffen seltener auf einen Ausfall von KRITIS direkt ab, sondern die Angriffe auf einzelne Einrichtungen

dienen primär einer Schädigung ausgewählter Wirtschaftsunternehmen. Diese gelten Linksextremisten allgemein als tragende Säulen des

„ausbeuterischen kapitalistischen Systems“ und werden deshalb regelmäßig angegriffen. Neben Protesten und Blockaden werden Straftaten gegen technische Einrichtungen, Fahrzeuge, Maschinen oder Infrastruktur von Unternehmen verübt. So führte ein gegen den Autohersteller Tesla gerichteter Brandanschlag auf einen Hochspannungsmast im März 2024 zu einem längerfristigen Stromausfall in der Tesla-Gigafactory in Grünheide (Brandenburg). Neben dem Produktionsausfall, der das Unternehmen nach eigenen Angaben mehrere Hundert Millionen Euro gekostet habe, betraf der Stromausfall unter anderem auch eine intensivmedizinische Klinik, ein Logistikzentrum und zahlreiche

private Haushalte in Berlin und Brandenburg.

So führte auch am 3. Januar 2026 der Brandanschlag einer „Vulkangruppe“ auf eine Kabelbrücke zu einem großflächigen Stromausfall im Südwesten Berlins, von dem rund 45.000 Haushalte, etwa 2.200 Gewerbebetriebe sowie Einrichtungen der Gesundheitsversorgung und der Verkehrsinfrastruktur betroffen waren. Aufgrund einer Kältewelle verschärften sich zudem die Folgen des Anschlags, da durch den Stromausfall auch die Wärmeversorgung beeinträchtigt war. In einer Taterklärung benannten die Verfasser ein Heizkraftwerk als Anschlagziel.



Informationszettel an einer durch die Auswirkungen des Stromausfalls Anfang des Jahres 2026 geschlossenen Schule in Berlin.

Schulen und Universitäten

Um Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene für sich zu gewinnen, betreiben Jugendorganisationen des dogmatischen Linksextremismus zunehmend intensive und aufdringliche ideologische Anwerbung vor Schulen, Betrieben und Universitäten. Insbesondere der trotzkistische Jugendverband „REVOLUTION“ (Revo), die SDAJ als Nachwuchsorganisation der DKP und der MLPD-Jugendverband „REBELL“ sind in dieser Hinsicht aktiv. Die Grundüberzeugung von der herausragenden Bedeutung der Jugend als zentrales „revolutionäres Potenzial“ teilen dabei viele dogmatische Linksextremisten. Die Jugend soll mit ihrer Kraft und ihrem Engagement das Fundament für die angestrebte „revolutionäre Massenbasis“ stellen.

Dabei tragen die Akteure regelmäßig nicht den Namen des übergeordneten Zusammenschlusses, um nicht sofort als Teilstruktur linksextremistischer Parteien und Organisationen erkannt zu werden. Gleichzeitig versuchen sie, demokratische Bewegungen wie gewerkschaftliche Demonstrationen und Bildungsproteste zu instrumentalisieren, um dort mit Werbung und Ansprache auf die Teilnehmenden Einfluss zu

nehmen. Seit dem Terrorangriff der islamistischen HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 gerieten zudem auch propalästinensische Demonstrationen verstärkt in den Fokus und wurden von Linksextremisten für den Versuch der Anwerbung und Mobilisierung neuer, auch jüngerer Anhängerinnen und Anhänger genutzt.



Deckblatt einer Ausgabe der Zeitung „REVOLUTION“.

Neben Universitäten und Hochschulen sind sie auch im Bereich der Schulen aktiv. Jüngere und politisch noch unerfahrene Schülerinnen und Schüler sind besonders Ziel der

Rekrutierungsversuche. Mitglieder extremistischer Strukturen wählen zur Kontaktaufnahme Themen, die von hohem Interesse für diese Zielgruppe sind, wie beispielsweise den Klimawandel, die Solidarität mit der LSBTIQ-Gemeinschaft, die Ablehnung der AfD (Verdachts-

fall) oder den Neuen Wehrdienst. Diese Themen werden dann mit den eigenen Ideologien und Narrativen verknüpft. Ziel ist es, Kontaktdaten zu erhalten, Kontakte zu knüpfen und die Jugendlichen für sich zu vereinnahmen.

Internet und Publikationen

Linksextremisten brauchen öffentliche Aufmerksamkeit zur Verbreitung ihrer Ideologie. Die gewaltorientierte Szene nutzt Internetplattformen, um Straf- und Gewalttaten öffentlich zu vermitteln, ideologisch zu unterlegen und ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Regelmäßig veröffentlichen Linksextremisten auch Täterklärungen, technische Anleitungen zur Begehung weiterer Taten oder private Daten von als solchen ausgemachten „Faschisten“ in „Outings“. Über scenebekannte Internetportale und gängige Social-Media-Plattformen wird zu Veranstaltungen mobilisiert und über Szeneereignisse berichtet, um die Leserinnen und Leser für die eigenen Ideen, Ziele und Aktionsfelder zu begeistern und zu radikalisieren.



Die linksextremistische Internetplattform „de.indymedia“ ist das wich-

tigste Informations- und Propagandamedium für die linksextremistische Szene im deutschsprachigen Raum. Ziel ist die Schaffung einer „Gegenöffentlichkeit“ frei von vermeintlicher staatlicher Kontrolle. Tatsächlich enthalten viele Beiträge strafrechtlich relevante oder verfassungsfeindliche Inhalte. Die Plattform funktioniert nach dem Prinzip des „Open-Posting“: Alle Nutzenden können anonym, in Echtzeit und ohne redaktionelle Kontrolle Inhalte veröffentlichen.

Neben „de.indymedia“ nutzen Linksextremisten weitere Plattformen, die sich lokal auf bestimmte Städte oder Regionen beziehen. Zu diesen gehören „kontrapolis.info“ (Berlin), „tumulte.org“ (Bremen) oder „knack.news“ (Leipzig). Linksextremistische Organisationen und Einzelpersonen nutzen zudem aktiv soziale Medien, um effektiv und spontan zu mobilisieren sowie schnell und ungefiltert ideologische Texte und „Stories“ zu verbreiten. Sie versuchen damit gezielt, vor allem jüngere Nutzer anzusprechen.

Dogmatische Linksextremisten geben zudem eigene Podcasts heraus, gestalten YouTube-Kanäle oder veröffentlichen ihre Inhalte bei Audiostreamingdiensten. Dabei bemühen sie sich um einen betont jugendlichen Auftritt und bringen dem Publikum komplexe ideologische Konzepte einfach und praxisbezogen näher – oft vermischt mit Beiträgen zu popkulturellen Themen. Eine potenzielle Reichweite über das eigene Spektrum hinaus und damit verbunden die Möglichkeit, die Anhängerschaft zu vergrößern, dürfte Linksextremisten motiviert haben, junge und populäre Onlineformate für ihre Zwecke zu nutzen.

Kapitel 5

Wie wird sich der Links- extremismus/-terroris- mus weiterentwickeln?

Es gibt aktuell keine Anzeichen dafür, dass Linksextremisten einen revolutionären Umsturz und die Errichtung von Sozialismus und/oder Kommunismus beziehungsweise die Überwindung jeglicher Form von Herrschaft zugunsten einer anarchistischen Gesellschaft in absehbarer Zeit oder in der propagierten Form erreichen könnten.

Dennoch werden Linksextremisten mit ihren mehreren Zehntausend Anhängern und Sympathisanten hierzulande weiterhin das Potenzial haben, Diskurse zu verschieben, Proteste zu radikalisieren, gesellschaftliche Unruhe zu verstärken, zu polarisieren, zu spalten und Kinder und Jugendliche mit ihrer extremistischen Ideologie zu indoktrinieren. Gleichzeitig werden gewaltbereite Linksextremisten weiterhin darauf aus sein, Straf- und Gewalttaten zu verüben, darunter äußerst brutale Angriffe auf politische Gegner sowie extremistische beziehungsweise terroristische Anschläge auf Unternehmen und KRITIS, die immer wieder mit erheblichen, teils langanhaltenden Beeinträchtigungen für die Bevölkerung einhergehen und dem Wirtschaftsstandort Deutschland schaden. Auf diese Weise greifen sie kontinuierlich die fdGO an, die sie verachten und von außen wie auch von innen zerstören wollen.

Die Entwicklung des Personenpotenzials und der Straftaten sowie die Bildung immer neuer Bündnisse, Kampagnen, Netzwerke und Gruppierungen lassen den Schluss zu, dass auch künftig linksextremistische Gewalttaten in Deutschland verübt werden. Die Feindbilder und Angriffsziele dürften dabei die gleichen bleiben: Im Fokus werden weiterhin vor allem der Staat, seine Vertreterinnen, Vertreter und Einrichtungen sowie als solche ausgemachte „Faschisten“ stehen – aber auch Wirtschaftsunternehmen und KRITIS.

Die konkrete Entwicklung kann sich von Jahr zu Jahr unterscheiden – abhängig auch von äußeren Einflüssen und Ereignissen. Ein empfundener „Rechtsruck“ in Deutschland führt zu mehr Gewalt im „antifaschistischen Kampf“ von Linksextremisten, genauso wie Jahre mit Bundes- oder Landtagswahlen, in denen der politische Gegner besonders sichtbar wird. Politische Groß- und Gipfelereignisse sind stets auch Schwerpunkte für linksextremistischen Protest. Internationale Kriege und Krisen wie in der Ukraine oder im Nahen Osten werden auch künftig von der Szene thematisiert und für ihre Agitation instrumentalisiert werden. Auch die Entwicklung des Klimawandels, der Migration oder

der Wirtschaft und damit verbundene soziale und gesellschaftliche Fragen werden weiterhin entsprechende Resonanz finden.

Besorgniserregend bleibt das hohe Gewaltniveau im Linksextremismus/-terrorismus, das sich regelmäßig bei der Inkaufnahme auch schwerster Verletzungen angegriffener Personen sowie bei massiven Angriffen gegen KRITIS zeigt. Auch wenn es in den letzten Jahren nicht zum gezielten Schusswaffen- oder Sprengstoffeinsatz gekommen ist, belegen vor allem die Brandanschläge auf KRITIS die erhebliche Gefahr, die von gewaltbereiten Linksextremisten ausgeht. Unternehmen und insbesondere KRITIS sind häufig schwer zu schützen und aufgrund der vergleichsweise einfachen Tatumsetzung bei zugleich erheblichen Auswirkungen attraktive Ziele für linksextremistische beziehungsweise -terroristische Angriffe. Dabei geht es den Linksextremisten/-terroristen letztlich immer um die Bekämpfung der fdGO, die (gewaltsam) überwunden werden soll.





Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Verfassungsschutz

Öffentlichkeitsarbeit

Merianstraße 100

50765 Köln

oeffentlichkeitsarbeit@bfv.bund.de

www.verfassungsschutz.de

Tel.: +49 (0)228 99 792-0

Layout & Produktion

Bundesamt für Verfassungsschutz

Mediengestaltung und Druck

im ServiceCenter I

Stand

Juli 2026 (B-0059)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden und Wahlhelfenden während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden. Sie ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis

Cover: IMAGO/xNikosxKanistrasx; S. 10: picture alliance / ZB | Sascha Steinach;

S. 14: picture alliance / Eibner-Pressefoto | Fabian Steffens; S. 16: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Sebastian Willnow; S. 19: picture alliance / SZ Photo | Christian Man; S. 24: picture alliance / SZ Photo | Christian Mang; S. 27: picture alliance / ABBfoto | -; S. 28: picture alliance / SZ Photo | Jannis Große; S. 31: picture alliance / SZ Photo | Jannis Große; S. 34: picture alliance / SZ Photo | Christian Mang; S. 35: picture alliance / SZ Photo | Florian Boillot; S. 42 (oben): picture alliance / SZ Photo | Jannis Große; S. 42 (unten): picture alliance / dts-Agentur | -; S. 43: picture alliance/dpa | Uli Deck; S. 45: picture alliance / ABBfoto | -; S. 46: picture alliance / ABBfoto | -; S. 47: picture alliance / SZ Photo | David Speier; S. 48: picture alliance / SZ Photo | Florian Boillot; S. 52: picture alliance/dpa | Britta Pedersen; S. 53: [https:// onesolutionrevolution .de](https://onesolutionrevolution.de)



www.verfassungsschutz.de